

Haushaltsrede der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Chemnitz zum Haushaltsentwurf 2005, 23. Februar 2005

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, als der Kämmerer Ende letzten Jahres im Finanzausschuss die Grundsteuer B Erhöhung präsentierte, stieß er bei den Stadträten fast aller Fraktionen auf keine große Gegenliebe. Tenor der Äußerungen: Gerade angesichts der Hartz IV Auswirkungen könne den Chemnitzern keine Mehrbelastung mehr zugemutet werden. Ein Vertreter brachte die Meinung der anwesenden Stadträte mit der dieser Formulierung auf den Punkt: „Die Chemnitzer sind doch nicht die eierlegende Woll-Milch-Sau.“.

Dem ist natürlich vorbehaltlos zuzustimmen. Aber - und das möchten wir zu bedenken geben - all die Ausgaben für Straßenbau, Kultur-, Messe- und Veranstaltungsbereich, Schulen oder Jugendhilfe, die **neben** den rückläufigen Zuweisungen von Bund und Land zu dem Millionenloch im Haushalt führen, **kommen in erster Linie und unmittelbar den Chemnitzern zu Gute**. Und die Mehrheit der Chemnitzer, so behaupten wir, empfinden diese Ausgaben nicht als Fehlinvestition, im Gegenteil.

Bitte vergessen sie nicht, viele von ihnen, die jetzt von unzumutbaren Sparmaßnahmen sprechen, haben so ehrgeizigen Projekten wie der Chemnitz-Arena zugestimmt, für die großen Museen in Chemnitz votiert oder das TIETZ gewollt und dabei die enormen Folgekosten in den kommenden Jahren in Kauf genommen. Wir alle hier im Haus können rechnen.

Zu schnell wird unseres Erachtens jetzt die Verantwortung für die Finanzmisere auf Bund und Land abgeschoben. Doch, meine Damen und Herren Stadträte, auch dieses Geld kommt letztlich von den Steuerzahlern u.a. aus Chemnitz. Es läuft darauf hinaus, daß wir unseren Landtags- und Bundestagsabgeordneten den „schwarzen Peter“ zuschieben, nach dem Motto: Sollen die sich doch die Finger schmutzig machen, Leistungen zurückfahren, Programme streichen und Steuern erhöhen.

Der Stadtrat hat mit seinen Beschlüssen in der Vergangenheit die gegenwärtige Haushaltsituation zum Teil selbst auch verursacht. Wir können nicht in Größenordnungen Projekte beginnen ohne uns Gedanken zu machen, wie wir sie – auch bei rückläufigen Schlüsselzuweisungen – langfristig finanzieren. Das ist unverantwortlich und keine nachhaltige Politik.

Marion Gräfin Dönhoff hat Anfang der 90er Jahre für die Bundesrepublik den Begriff der „Raffgesellschaft“ geprägt. Kaum einer hätte noch das Wohl der Gemeinschaft im Auge, zu viele wären nur auf ihren Vorteil bedacht. Hier wird eine Mentalität angeprangert, die bei Bürgern, Lobbyisten, Interessengruppen und Organisationen in Bund, Ländern und Gemeinden gleichermaßen verbreitet ist – die Besitzstandswahrung.

Unsere Fraktion hat in den letzten Wochen viel Besuch gehabt: Lehrerteams, Kulturvereine, Gewerkschafter, Umweltschützer, Stadtentwickler, Geschäftsinhaber. Und am Ende der Gespräche stand der immer gleiche Satz: „Wir verstehen ja, daß sie sparen müssen, aber nicht bei uns.“ Die dafür angeführten Gründe, waren durchaus einleuchtend: Man dürfe nicht an den Kindern, der Kultur, der Natur und der Infrastruktur sparen oder Arbeitsplätze abbauen, weil dies fatale Folgen für die Zukunft unserer Stadt hätte. Das bedeutet aber, unsere Stadt kann ebensowenig mit noch ohne Sparen leben.

Die Argumentationsweise: Sparen ja, aber bitte nicht bei uns! ist sicher legitim, führt aber eben nicht aus dem Dilemma. Ja sie verschärft vielmehr die Problematik, denn 20 Millionen Defizit lassen sich nicht ignorieren. Ich frage Sie: Wie sollen Stadträte verantwortungsvoll für das Gemeinwohl entscheiden, wenn die Fachleute aus den verschiedenen Bereichen des städtischen Lebens nicht beratend zur Seite stehen und erklären, hier können wir zurückstecken aber das ist unerlässlich. Nur am Rande sei erwähnt: Auch Drohungen oder offen zur Schau getragene Geringschätzung gegenüber uns Politikern machen die Entscheidung nicht unbedingt leichter. Keiner kann ernsthaft wollen, daß wir Schulsanierung gegen Schauspielhaus-schließung abwägen, nicht zuletzt weil Chemnitzer Schüler das Schauspielhaus besuchen und Theaterangestellte Kinder haben, die in Chemnitzer Schulen gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Ausführungen zu unseren Änderungsvorschlägen zum HSK machen. Die Verwaltung muss ihr Sparkonzept in den nächsten 6 Monaten weiter konkretisieren. Die Auswirkungen auf den Öffentlichen Nahverkehr, die Jugendhilfe und die Wohlfahrtspflege sind detailliert darzustellen. Nur so sind verantwortliche Entscheidungen möglich.

Die Sparvorschläge der Verwaltung nehmen z.B. für die Theater GmbH ein bedrohliches Ausmaß an. Deshalb fordern wir, alternativ auch folgende Einsparpotentiale zu untersuchen:

1. Weitere Ämterfusionen z.B. in den Bereichen Gesundheit- und Veterinärwesen, Personal und Organisation oder Umwelt und Grünflächen. Zusammenlegung von Bürgerservicestellen mit Zweigbibliotheken.

2. Abschaltung und Abbau von Ampelanlagen an geringer frequentierten Kreuzungen. Reduzierung des Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufwandes. Umwandlung wenig genutzter öffentlicher Grünanlagen in sonstige Grünflächen zur Minimierung des Pflegeaufwandes.

3. Beendigung der Zuweisungen an den Verkehrslandeplatz Chemnitz-Jahnsdorf. Ausstieg aus der Gesellschaft ab dem Jahr 2006.

4. Einstellung der Planung der Südverbundabschnitte Neefestraße/Zwickauer Straße/Kalkstraße. Die kreuzungsfreie Anbindung an die Neefestraße zum Autobahnanschluss Süd ermöglicht im südwestlichen Teil des Stadtrings eine flüssige Durchfahrt. Die von allen Fraktionen seit Jahren geforderte Entlastung der Stelzendorfer Straße und Bahnstraße wäre auch so erreichbar.

5. Durchsetzung der Hundesteuerpflicht und Polizeiverordnung gegenüber un-verantwortlich handelnden Hundebesitzern mittels verstärkter Kontrolle. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Steuererhöhung bestraft nur diejenigen, die für ihre Hunde schon immer Steuern zahlen und sie ordnungsgemäß ausführen.

Meine Damen und Herren, niemand hat behauptet, daß die Aufgabe, für die wir hier sitzen, einfach ist. Die Chemnitzer erwarten von uns, dass wir trotz aller Widrigkeiten die Angelegenheiten der Stadt verantwortungsvoll steuern, dafür sind wir gewählt. Dazu gehört zu aller erst unseren Haushalt in Ordnung zu bringen unter Umständen auch mit unpopulären Entscheidungen. Nichts zu entscheiden oder alles abzulehnen heißt den Kopf in den Sand stecken und auf die Zwangsverwaltung zu warten. Dann können wir nicht nur zu Hause bleiben sondern sollten es auch, weil wir unserer Verantwortung als Stadtrat nicht gerecht geworden sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.